

Aus einem amerikanischen Wahlkampf

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Kreis : eine Monatsschrift = Le Cercle : revue mensuelle**

Band (Jahr): **28 (1960)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-567408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unterdrückung zu nützen. Bereits in Bälde wird sich überschauen lassen, welche verändernden Wirkungen Ihre Aussagen auf die ideologische Werthaltung der zur Beitragsleistung an der Aufhebung des § 175 StGB berufenen Gremien und Institutionen gegenüber dem Problem getan haben. Unser grösster Tag wäre es, und für Sie die höchste Ehrung Ihrer wissenschaftlichen Arbeit, wenn wir uns in nicht allzu ferner Zukunft dazu beglückwünschen könnten, dass Ihr Buch für uns den Sieg der Gerechtigkeit, welcher soziale Anerkennung bedeutet, errungen hat.

Die KAMERADSCHAFT «die runde», von welcher Sie diese Zeilen empfangen, glaubt in Uebereinstimmung mit allen andern unterdrückten Freunden zu handeln, wenn sie Ihnen für weitere unterstützende Arbeit ihre grosszügigste Förderung zusagt; sie wird, seien Sie dessen gewiss, verehrter Herr Dr. Klimmer, für die erwiesene Wohltat ebenso wie für mögliche weitere Dienste im Interesse einer Emanzipation der Homosexuellen nie mit aufrichtiger Erkenntlichkeit sparen.

Mit den besten Grüssen!

Peter Jurich Harry Hermann

Das ungewöhnliche Werk kann auch weiterhin direkt durch den «Kreis» zum Preise von Fr. 17.—, zuzüglich Porto, bezogen werden, sei es durch Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Aus einem amerikanischen Wahlkampf

Es ist keineswegs leicht, sich aus einigen Zeitungsberichten ein Bild von dem zu machen, was sich während eines Wahlkampfes um das Amt des Bürgermeisters von San Francisco vor wenigen Wochen abgespielt hat. Die nachfolgende Darstellung muss daher mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen werden, obwohl sie im wesentlichen zutreffen dürfte.

Der bisherige Bürgermeister, George Christopher, ein gebürtiger Grieche, der sich während seines ersten Termins im Amte, wie die in New York erscheinende «Time» feststellt, über umfassende Fähigkeiten auswies und beim Besuch Chruschtschews in San Francisco unzweifelhaft mit grossem Geschick operierte, galt von Anfang an als aussichtsreichster Kandidat. Ihm gegenüber bewarb sich der bisherige Chef des Finanzamts, Assessor (der Titel entspricht ungefähr dem eines Mitglieds des engeren Stadtrats in der Schweiz) Russell Wolden, als Kandidat der Demokraten, die in San Francisco die stärkste Partei sind, um das Bürgermeisteramt, wobei ihm aber in der eigenen Partei, der er erst vor kurzem beigetreten war, lebhafter Widerstand erwuchs. Der Wahlkampf scheint in den in Amerika üblichen ziemlich lebhaften Formen verlaufen zu sein, bis am 7. Oktober Wolden in einer viertelstündigen Rundfunkrede öffentlich die Anschuldigung erhob, der Bürgermeister Christopher und der von ihm eingesetzte Polizeichef Thomas Cahill hätten es dazu gebracht, dass die Stadt San Francisco zum «nationalen Hauptquartier der Organisation der sexuell Abwegigen» (d. h. der Homosexuellen) in den Vereinigten Staaten geworden sei, womit die Behörde dem Laster Vorschub geleistet hätte usw. Ein wöchentlich erscheinendes Sensationsblatt («San Francisco Progress») veröffentlichte am gleichen Tag eine eingehende Darstellung der Vorgänge, auf grund derer Wolden seine Anschuldigung erhob. Eine Anfang September in Denver (Colorado) tagende Versammlung der Mattachine-Gesellschaft, deren Ziele den Lesern des «Kreis» bekannt sind, hatte einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Bürgermeister Christopher und seinem Polizeichef Cahill «Dank und Anerkennung für ihre nachdrücklichen und beständigen Bemühungen» aussprach, «ihre

Administration im Einklang mit den ... Idealen» der Aufklärung zu führen und sie zu den auf soziologisch problematischen Gebieten erzielten Ergebnissen beglückwünschte. Die Resolution, deren Wortlaut in San Francisco veröffentlicht wurde, ist mit grosser Sorgfalt redigiert, lässt sich aber kaum wortgetreu übersetzen. Ob es angesichts der Einstellung weitester Kreise in Amerika gegenüber dem Problem der Homosexualität klug und angebracht war, eine solche Resolution zu beschliessen, sei dahingestellt. Die Mattachine-Gesellschaft ist dabei, wie sich sofort herausstellte, den Umtrieben eines Spitzels zum Opfer gefallen.

Ein gewisser William Patrick Brandhove, der erst im August die Mitgliedschaft der Gesellschaft erworben hatte, war der Urheber eines nach europäischen Vorstellungen fast unfasslichen Manövers. Er ist möglicherweise selbst homosexuell, denn er wurde, wie ein Blatt von San Francisco feststellt, vor 29 Jahren in Jersey City unter der Anschuldigung der «Sodomie» verhaftet. Später war er mehrmals in düstere Affären verwickelt, bei denen er die Rolle eines Spitzels, auch für die Polizei, spielte. Im letzten Frühjahr fing er an, für die damals auftauchende Kandidatur Woldens zu agitieren. Sein Beitritt zur Mattachine-Gesellschaft erfolgte offensichtlich schon mit dem bestimmten Zweck, die Kandidatur des bisherigen Bürgermeisters durch eine Kundgebung zu gefährden, die sich als ein Beweis dafür verwerten liesse, dass Christopher und seine Polizeiverwaltung, die in Amerika weitgehend vom Bürgermeister abhängt, die Homosexuellen begünstigt habe. Brandhove selber war es, der an der Tagung von Denver den Vorschlag einer Sympathiekundgebung an den Bürgermeister machte und zwar bezeichnenderweise kurz vor dem in Aussicht genommenen Abschluss der Tagung, wobei er wohl darauf hoffte, dass sein Vorschlag mehr oder weniger unbesehen durchgehen würde. Die leitenden Mitglieder der Mattachine scheinen aber doch Bedenken gehabt zu haben, denn sie erörterten den Vorschlag in längeren vertraulichen Besprechungen, an denen Brandhove teilnahm, und änderten dessen Resolutionsentwurf auch in mehreren Punkten. Selbstverständlich war die schliesslich beschlossene Resolution nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Brandhove liess sich aber unmittelbar nach Schluss der Tagung eine notariell beglaubigte Abschrift davon ausstellen, die er dann in San Francisco veröffentlichte.

Ebenso «amerikanisch» wie diese Vorgeschichte, aber wesentlich erfreulicher, mutet die weitere Entwicklung der Affäre an. Die Mattachine-Gesellschaft reichte sofort eine Klage gegen Wolden ein, von dem sie eine Genugtuungssumme von einer Million Dollar fordert. Die Tagespresse von San Francisco lehnte einmütig das Vorgehen Woldens ab, den mehrere Blätter sogar aufforderten, auf seine Kandidatur ohne weiteres zu verzichten. Brandhove verschwand vom Schauplatz. Wie weit Wolden von den Umtrieben und dem Vorleben des Spitzels unterrichtet war, lässt sich nicht feststellen. Aber die Presse von San Francisco warf ihm vor, dass er auf alle Fälle den guten Ruf der Stadt geschädigt und sich damit einen grossen Teil derer, die er bis dahin als seine Anhänger betrachten durfte, entfremdet habe. Bemerkenswerterweise wurde dabei das Vorgehen der Mattachine-Gesellschaft kaum erwähnt und auch die sonst in amerikanischen Blättern immer wieder zur Schau getragene Missachtung und Herabwürdigung der Homosexuellen blieb diesmal aus. Man wird dies kaum als ein Vorzeichen für eine entscheidende Aenderung der ganzen Einstellung gegenüber unserem Problem betrachten dürfen, bedeutungslos aber ist diese Tatsache auf keinen Fall. Vielleicht noch wichtiger ist es aber, dass einige Wochen später der bisherige Bürgermeister Christopher mit einer Mehrheit von über 50 000 Stimmen wiedergewählt wurde. Der politische Lumpenstreich, den ein Gauner angezettelt hatte, fiel als Bumerang auf die Partei zurück, zu deren Gunsten er berechnet war.

yx